

27. APR. 1962



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVII/91 - 27. April 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:Seite:Zeilen:

1	<u>Warten auf Paris</u> Immer wieder: Adenauer - de Gaulle	24
1	<u>Notruf</u> Sorgen des Senders "Freies Berlin"	22
2 - 4	<u>Die sieben Punkte des Ministers</u> Blick auf den Haushalt von 1963 Von H.G. Ritzel, MdB	134
5	<u>Jugoslawien zwischen Ost und West</u> Nach Gromyko-Besuch USA-Getreidelieferungen Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	41
6 - 7	<u>"Europäische Freizeitcharta"</u> Noch ist ein weiter Weg dort hin Bemerkenswerter Kongress in Strassburg Von einem gelegentlichen Mitarbeiter	80
8	<u>Zeitgemässe Sozialpolitik ?</u> Blanks Staatssekretär plauderte über Sozialpolitik	36

* * *
* *

 Verantwortlich: Günter Markscheffel

Warten auf Paris

Immer wieder: Adenauer - de Gaulle

sp - Die Regierungserklärung des neuen französischen Ministerpräsidenten Pompidou war insofern aufschlussreich, als der Vertraute des Staatspräsidenten trotz der Betonung eines guten deutsch-französischen Verhältnisses über die internationalen Probleme, die Deutschland und Frankreich gleichermaßen berühren, kein Wort verlor. Wir meinen die Berlin-Frage und das Deutschlandproblem. In Bonn und Paris wird das Schweigen Pompidous als die Bestätigung für eine Vermutung gedeutet, die schon seit längerer Zeit im Zusammenhang mit dem Verhalten Adenauers gegenüber der Abstinenz seines Freundes de Gaulle in allen Fragen der westlichen Berlin- und Deutschlandpolitik angestellt wird. Das Schweigen Pompidous scheint nun die Erklärung dafür zu geben, warum sich das offizielle Bonn nicht schon längst um die Fortführung der Arbeiten des sogenannten westlichen Lenkungsausschusses in Washington bemühte, der bekanntlich die westliche Koordinierung für mögliche Gespräche mit dem Osten sicherstellen sollte. Erst vor einigen Tagen musste die Bundesregierung öffentlich zugeben, dass dieser Lenkungsausschuss überhaupt nicht mehr funktioniert ... Im Bonner Auswärtigen Amt wird nun gesagt, man habe dagegen nichts unternehmen können, weil Adenauer auf seinen Freund de Gaulle warten wollte, der mit seiner Nichtbeteiligung an der Genfer Abrüstungskonferenz und der Missbilligung amerikanisch-sowjetischer Berlin-Fühlungsnahmen praktisch das gemeinsame westliche Vorgehen blockierte. Nachdem nun Washington erneut bekanntgegeben hat, die USA würden Frankreich weder Atomgeheimnisse ausliefern, noch beim Aufbau einer eigenen französischen Atomwaffe behilflich sein, ist es noch fraglicher, wann das offizielle Bonn aufhören wird, auf Paris zu warten.

+ + + +

Notruf

Die Sorgen des Senders "Freies Berlin"

sp - Wenn ein so bedächtiger Mann wie Walter Steigner, Intendant des Senders Freies Berlin, sich mit seinen Sorgen an die Öffentlichkeit wendet, dann besteht Anlass zum Aufhorchen. Seine Sorgen betreffen die finanzielle Lage eines Senders, der kraft seines Standortes eine besondere Aufgabe zu erfüllen hat; Intendant Steigner widmet sich ihr mit Eifer, Verantwortungsbewusstsein und grossem Geschick. Aus diesem Sender spricht mahnend die Stimme des freien Berlin, abwägend und aufrüttelndwiedergebend, was die Herzen der Berliner bewegt, sowohl in die Zone als auch nach Westdeutschland hinein. Wird der Sender diese seine gesamtdeutsche Verpflichtung noch weiter im bisherigen Umfang erfüllen können? Schon war er gezwungen, seinen Anteil am Gemeinschaftsprogramm ohnehin von neun auf acht Prozent zu kürzen. Nun droht eine weitere, sehr empfindliche, ins Gewicht fallende Kürzung, sofern es nicht gelingt, die bestehende Lücke von vier Millionen DM zu schliessen. Wenn irgendwo, dann sind hier gewiss keine Kleinlichen Barspaltereien über Zuständigkeiten angebracht. Dieser verhältnismässig kleine Betrag muss aufgebracht werden, um dem Sender die Fortführung seiner gesamtdeutschen Aufgabe zu ermöglichen. Hier gelten keine finanziellen, wohl aber eminent wichtige politische Gesichtspunkte. Die Berliner und auch wir im Westen würden es nicht verstehen, sollte dieser Gesichtspunkt vor anderen Überlegungen zurücktreten. Es wäre in dieser Lage geradezu unverantwortlich, den Sender "Freies Berlin" mit seinen Sorgen allein zu lassen.

+ + +

Die sieben Punkte des Ministers

Von H.G. Ritzel, MdB

Das Bundeskabinett hat einen Vorschlag des Bundesfinanzministers Dr. Starke gebilligt, der eine Art von Gebrauchsanweisung für die Aufstellung des Entwurfs des Haushaltsplanes für 1963 enthält. An dem guten Willen des neuen Finanzministers, wenigstens für 1963 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, ist nicht zu zweifeln. Die Methoden und die Mittel, die der Minister hierbei anwenden will, fordern jedoch zur Kritik heraus. Sie laufen praktisch auf eine vermutlich nicht gewollte Täuschung der öffentlichen Meinung hinaus und ignorieren Tatsachen, die nicht ignoriert werden können. Sie zeigen auch nicht den Willen, strenge Maßstäbe dort anzuwenden, wo einzig und allein eine echte Senkung der Ausgabenansätze möglich ist.

Es ist eine Illusion, anzunehmen, dass im kommenden Rechnungsjahr 1963 die Möglichkeit bestünde, grundsätzlich die Summe der Ausgabenansätze des Jahres 1962 nicht zu überschreiten. Wer den Bundeshaushalt in seinen Einzelheiten kennt, weiss, dass er in jeder Hinsicht ein Spiegelbild der politischen, wirtschaftspolitischen, kulturpolitischen, sozialpolitischen und verkehrspolitischen Entwicklung ist. Das flutende Leben selbst wirkt auf die Gestaltung des Bundeshaushalts ein. Mit der Forderung, bisherige Ausgabenansätze nicht zu überschreiten, werden Hoffnungen geweckt, die nicht erfüllt werden können. So ergeben sich im Rahmen des Etats des Auswärtigen Amtes fortgesetzt neue Belastungen, denn jeder neu zu entstehende Staat in Afrika und Asien erfordert die Errichtung einer ausreichenden diplomatischen Vertretung und eine zusätzliche Neubelastung der Zentrale in Bonn.

Stillstand wäre Rückschritt

Jede Steigerung des Verkehrs auf Autobahnen und Bundesstrassen und die notwendige Bewältigung der immer schlimmer werdenden Verkehrsschwierigkeiten der Gemeinden erfordern neue Entschlüsse und neue Mittel. Stillstand wäre Rückschritt und nicht zu verantworten. Es wird keinen Abgeordneten geben, der gern bereit ist, der Errichtung neuer Beamten- und Angestelltenstellen zuzustimmen. Da dem Parlament aber die letzte Verantwortung zufällt, denn der Etat muss im Rahmen eines Haushaltsgesetzes durch Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden, entfallen auf die Abgeordneten Verantwortlichkeiten, die sie vor ihren Wählern zu vertreten haben. Man kann nicht Einsparungen im Rahmen einer ministerialen Zuständigkeit anstreben, wenn sich aus der Entwicklung heraus zwangsweise Tatsachen ergeben, die Mehr-Aufwendungen erfordern. Man kann auch nicht im Interesse einer geordneten Verwaltung notwendige Stellenpläne ignorieren, wenn damit die Gefahr der Abwanderung heraufbeschworen wird. Es ist doch nur noch völlig naiven Gemütern unbekannt, dass heute die Beamtenstellung an sich lange nicht mehr so erstrebbar ist, wie noch vor zehn oder zwanzig Jahren. Es wäre auch falsch, nicht sehen zu wollen, dass in der

privaten Wirtschaft weit höhere Löhne und Gehälter gezahlt werden als beim Bund. Es ist einfach unverantwortlich, dass wichtige Aufgaben in einzelnen Ministerien nicht mehr erledigt werden können, weil zu wenig Schreibkräfte vorhanden sind und dass dieser Mangel an Schreibkräften auf eine im Vergleich zur privaten Wirtschaft lächerlich geringe Entlohnung zurückzuführen ist.

Unveränderte Personalaufgaben?

In der öffentlichen Meinung wird auch ein völlig falscher Eindruck erweckt, wenn der Bundesfinanzminister sagt, dass in die Ausgabenvoranschläge für 1963 die Personalausgaben des Jahres 1962 unverändert übernommen werden müssen. Einmal steht fest, dass schon bei der Etatberatung 1962, die mit Vollmächterteilung für den Haushaltsausschuss in bezug auf die Stellenplanänderungen endete, mögliche Stellenplankürzungen in einzelnen Haushalten bis jetzt unterblieben und dass zum anderen die von den Regierungsparteien vereinbarte und im Haushalt 1962 beschlossene Errichtung neuer Ministerien nach dem Prinzip der Zellteilung unabwendbar auch weiterhin mehr Arbeitskräfte erfordert. Wo ein Minister ist, ist auch ein Staatssekretär (mit einer Ausnahme), und wo ein Staatssekretär ist, ist ein Ministerialdirektor und alles andere versteht sich dann von selbst. Die Regierungsparteien haben vergessen, dass man den Anfängen wehren muss und sie wollen heute den Eindruck erwecken, als ob sich dieses Verstoß durch Sparmaßnahmen wieder gutmachen liesse. Für den Steuerzahler ist es völlig gleichgültig, ob vermehrte Personalausgaben im Einzelhaushalt erscheinen oder in einer Summe im Einzelplan 60 ausgewiesen werden.

Bundesregierung und Regierungsparteien haben die Forderung der Beamten auf Besoldungserhöhung während der Etatberatung 1962 abgelehnt. Damit wurde erreicht, dass der Haushalt unter der Voraussetzung einer freiwilligen Länderleistung von 1,05 Milliarden DM ausgeglichen erscheint. Die Rechnung, die nach dem Ende des Jahres 1962 aufgestellt werden wird, dürfte sich aller Voraussicht nach von den Haushaltsbewilligungen auch in dieser Hinsicht sehr wesentlich unterscheiden. Es ist nicht gut, wenn in der öffentlichen Meinung gerade auf einem solchen Gebiet falsche Eindrücke erweckt werden. Der Bund ist Arbeitgeber und er wird sich gegenüber seinen Beamten ebenso wenig der Verpflichtung auf Besoldungsrevision entziehen können, wie es die Länder und die Gemeinden tun können. Auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik werden gewisse Entwicklungen an die unbestreitbare Preissteigerung anknüpfen müssen.

NATO-Verpflichtung und Verteidigungshaushalt

Der Bundesfinanzminister geht davon aus, die Verteidigungslasten in ihrer Gesamtheit als auf gesetzlicher Grundlage beruhend anzunehmen. Dem ist nicht so. Die Bundesrepublik hat Verträge abgeschlossen, die sie im Rahmen der NATO zu bestimmten Leistungen verpflichtet. Es ist aber nicht Inhalt der Verträge, in welchem Ausmaß und auf welche Weise die Voraussetzungen zu bewältigen sind, die die Erfüllung der Verträge garantieren.

Bei der Etatberatung 1962 haben die Regierungsparteien den Eindruck erweckt, als ob auch der Verteidigungshaushalt nicht mehr wie bisher tabu sei. Die Beschlüsse, die hierzu hätten gefasst werden können, wurden aber nicht gefasst. Einsparungsanträge der Sozialdemokraten, die sich nicht gegen die Bundeswehr an sich richteten, wurden ohne ein Wort der Begründung niedergestimmt. Dabei bietet dieser Riesenblock, der dem Vernehmen nach in 1963 auf 18 Milliarden DM oder mehr anwachsen soll, am ehesten die Möglichkeit, Einsparungen zu machen, ohne die Aufgabe der Bundeswehr zu gefährden.

Der Bundesfinanzminister hat bis jetzt nur in der Theorie den Ausgleich im laufenden Rechnungsjahr durch eine freiwillige Leistung der Länder erreicht. Noch hat kein Bundesland einen Nachtragshaushalt aufgestellt und sein Parlament gebeten, im Rahmen eines solchen Nachtragshaushalts auf Kosten des betreffenden Bundeslandes eine Leistung zur Deckung des Bundesdefizits 1962 zu genehmigen. Man kann dem Bundesfinanzminister nur zustimmen, wenn er meint, dass eine solche Maßnahme nicht beliebig wiederholt werden könne.

Drohendes Defizit

Ohne jeden Zweifel steuert die Bundesregierung auf einen um etwa neun bis zehn Prozent höheren Anteil des Bundes an der Einkommen- und Körperschaftssteuer zu. Das würden rund und roh etwa drei Milliarden DM sein, also rund zwei Milliarden mehr als auf Grund der freiwilligen Leistung der Länder in 1962 erwartet werden. Damit steht aber auch bereits jetzt fest, dass der Bundeshaushalt 1963 angesichts des Riesenblocks der ständig wachsenden Verteidigungsausgaben nicht ausgeglichen werden kann, selbst wenn die Länder fähig und willens sein sollten, den Bundesanteil von bisher 35 Prozent auf etwa 44 Prozent aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer zu erhöhen. Der Block der Verteidigungsausgaben enthält die Gefahr, notwendige andere Leistungen des Bundes, besonders auf dem Gebiete der Kulturpolitik, der Verkehrspolitik und der Sozialpolitik zu bedrohen.

Auch im Verteidigungshaushalt sind Einsparungsmöglichkeiten gegeben, ohne die Aufgaben selbst zu gefährden. Die Bundesregierung wird auch gut daran tun, sich etwas einfallen zu lassen, um die Finanzierung des Verteidigungsaufwandes durch eine andere Finanzpolitik sicherzustellen und damit die Gefahr zu bannen, dass beispielsweise die durch Zweckbindung des Aufkommens aus der Mineralölsteuer gesicherte Bedienung des Strassenhaushalts in unverantwortlicher Weise gefährdet wird.

Willkommen ist die Absicht des Bundesfinanzministers, den Haushaltsentwurf 1963 möglichst früh vorzulegen. Notwendig ist eine gründliche Beratung durch die Ausschüsse des Bundestages, wobei insbesondere der Haushaltsausschuss, gestützt auf das Spezialwissen der Fachausschüsse, Zeit genug haben muss, um endlich einmal eine möglichst gründliche Etatberatung durchzuführen, an der es durch das unheilvolle System der Überrollungshaushalte seit Jahren fehlt.

Jugoslawien zwischen Ost und West

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Der jugoslawische und sowjetische Außenminister, Koča Popović und Andrej Gromyko, hatten in Belgrad kaum ihre mehrtägigen Gespräche beendet, deren konkrete Ergebnisse vorerst noch nicht zu erkennen sind, da verpflichteten sich die USA erneut einmal, den im letzten Jahr durch eine große Dürre hart mitgenommenen Jugoslawien weitere 200 000 Tonnen Weizen und einige andere Agrarerzeugnisse im Werte von insgesamt 100 Millionen DM praktisch zu schenken. Dieses zeitliche Zusammenfallen ist bezeichnend für Belgrade Berührungen, bei den beiden Grossen im gleich guten Kurs zu bleiben bzw. zu steigen, spiegelt jedoch auch das Interesse der beiden führenden Weltmächte wider, Jugoslawien so weit als möglich - wenngleich nicht militärpolitisch - zu gewinnen.

Dies muß als allgemeines Anliegen des sowjetischen Aussenministerbesuches in der jugoslawischen Hauptstadt angesehen werden. Denn trotz aller Geheimnistuerei entbehrt Gromykos Aufenthalt in Belgrad sensationeller Nebenaspunkte. An Jugoslawiens blockfreier Politik und der erneut bestätigten Moskauer-Belgrader außenpolitischen Gemeinsamkeit wird sich nach wie vor nichts wesentlich ändern.

Wenn heute etwas zu denken gibt, so ist dies eher die innenpolitische Entwicklung des Landes, die seit einiger Zeit insbesondere im Wirtschaftsbereich um einiges straffer geworden ist. Daneben ist die Partei wieder stärker auf den Plan gerufen, das gesellschaftliche Leben zu kontrollieren und gegebenenfalls zu leiten. Will man damit auch in erster Linie der überhandnehmenden mißbräuchlichen Benützung der bisher gewährten Wirtschaftsfreiheit begegnen, gibt es auch andere Aspekte, die beängstigender sind, wie z.B. die erneute Verhaftung Klačvan Djilas'.

Es mag bestechend logisch erscheinen, daß dieser scharfe Kritiker kommunistischen Parteizentralismus gerade in dem Augenblick wieder zum Schweigen gebracht wird, da sich diese Partei gezwungen sieht, ihre Dezentralisierungskonzeption zu revidieren. Verfügte Djilas in Jugoslawien über einen nennenswerten Anhang, wäre die Entscheidung innenpolitisch verständlich. Da dem jedoch nicht so ist, entbehrt sie dieser Konsequenz und bleibt in besten Falle eine Zufallslogik.

Ob die Verhaftung Djilas' tatsächlich eine Geste an Moskau gewesen ist, das den Moskowitern vielleicht nicht ganz angenehme neue Djilasbuch "Gespräche mit Stalin" mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln an Erscheinen zu hindern, wird wohl so bald nicht geklärt werden können. In Belgrad jedoch gibt es viele glaubwürdige Anhänger dieser Theorie. In diesem Lichte erhielt der Gromyko-Besuch eine andere Bedeutung. Nun, vorläufig jedoch ist Belgrads Position immer noch die, daß es Washington ratsam und opportun erscheint, Jugoslawien in altbewährter Weise unter die dürreschwachen Arme zu greifen.

Europäische Freizeitcharta

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Die Regelung der Arbeitszeit und die Massnahmen zur Sozialen Sicherung der Arbeitnehmer sind in Europa heute zu einem internationalen Anliegen geworden. Zwar gehen die Arbeitsuhren noch nicht unbedingt gleichmässig in allen Ländern der EWG, doch ist unter dem Stichwort "Harmonisierung" manches erreicht worden, das in der im vergangenen Herbst in Turin unterzeichneten "Sozialcharta" seinen Niederschlag gefunden hat. Die Charta stellt Mindestforderungen in der Sozialgesetzgebung an die Unterzeichnerstaaten der Europäischen Gemeinschaften.

Man mag im Zweifel darüber sein, ob nun nach der "Sozialcharta" auch eine "Europäische Freizeitcharta" dringendes internationales Anliegen ist und ob das heute so viel besprochene "Freizeitproblem" zum europäischen Problem erklärt werden soll. Die Verwirklichung beider Forderungen strebt eine Gruppe von Pädagogen und anderen Fachleuten in Strassburg, dem Sitz des Europarates, an. Sie veranstaltete kürzlich ihren dritten "Europäischen Kongress zur Freizeitnutzung".

Erfahrungsaustausch von Land zu Land

Zumindest hat sich in den vier Kongresstagen unter den 160 Teilnehmern aus acht Nationen die Meinung befestigt, dass ein Erfahrungsaustausch von Land zu Land über die Freizeitnutzung, wie sie für Körper, Geist und Seele den erwünschten Gewinn bringen kann und ein Vergleich der Einrichtungen, die hierzu von öffentlicher und privater Hand in den einzelnen Ländern geschaffen wurden - selbstverständlich ist nicht von der Vergnügungsindustrie die Rede - sehr wünschenswerte gegenseitige Anregungen vermittelt.

Der beabsichtigten Gründung einer "Europäischen Vereinigung für Freizeitnutzung", der auch ein Dokumentationszentrum angegliedert werden soll, standen die meisten jedoch skeptisch gegenüber. Diese Fachleute von Familienverbänden, von Gewerkschaften, von Bildungs- und Erziehungswerken, von Jugendämtern, aus dem Lehrberuf, der Müttererholung, von konfessionellen Vereinigungen und Reiseunternehmungen stehen seit Jahren in internationalem Austausch, der sich nicht etwa nur auf Erfahrungen beschränkt und nicht im Theoretischen steckengeblieben ist, sondern schon manche praktische Frucht getragen hat.

Viele Forderungen sind noch offen

Für den Laien aber war es dennoch interessant, auf dem Kongress in Strassburg, der unter dem Motto "Die Freizeit und die Familie" stand, zu erfahren, wieviele Forderungen noch in allen Ländern offen bleiben, bevor es möglich sein wird, dass alle Mitglieder einer Arbeitnehmerfamilie sich wirklich gemeinsam ihrer Mussezeit freuen können.

So löblich der Soziale Wohnungsbau an sich ist, hiess es, so wenig ist doch bei der Bemessung der Wohnraumgrösse daran gedacht worden, dass neben den notwendigen hygienischen Einrichtungen die Wohnung nicht nur Schlafgelegenheiten, Kochstelle und einen Platz für die Schulaufgaben der Kinder enthalten muss, sondern auch genügend Raum, dass sich die

ganze Familie am Feierabend oder Wochenende, ohne drangvolle Enge, versammeln und einer gemeinsamen Freizeitbetätigung, einem Spiel etwa, hingeben kann.

Obwohl in unserer Zeit eine sinnvolle Freizeitanwendung ein selbstverständlicher Bestandteil der Lebens- und Konsumgewohnheiten des Menschen geworden sei, hiess es, würden die materiellen Aufwendungen für diese Freizeitbetätigung bei der Berechnung der Lebensbedürfnisse des Arbeitnehmers kaum einbezogen.

Lohn oder Gehalt aus unselbständiger Arbeit, so wurde gesagt, reiche nicht aus, die freie Zeit angemessen zu finanzieren. Es wurde die Forderung erhoben, dass im Interesse der Familien weitere ergänzende Einkommensquellen erschlossen werden müssten, besonders zugunsten derjenigen Familiennütter, die auf eine berufliche Tätigkeit ausserhalb des Hauses verzichteten.

In diesem Sinne sei auch das Kindergeld auszubauen. Besonders in der Bundesrepublik Deutschland seien Erhöhungen dringend erforderlich. Bei der Erhöhung dürfe aber nicht nur die Zahl der Kinder in einer Familie berücksichtigt werden, sondern auch - nach dem Sprichwort "Kleine Kinder, kleine Sorgen - grosse Kinder, grosse Sorgen" - das Alter jedes Kindes.

Aufgaben für die Raumplanung

Die ideellen Vorstellungen von einem gemeinsamen Urlaub der ganzen Familie, so wurde festgestellt, etwa in Familienferienheimen, wo der Mutter jede Arbeit abgenommen wird und sie ihre Kinder zeitweise im Kindergarten abgeben und mit ihrem Mann einmal allein spazieren gehen kann - diese ideellen Vorstellungen bedürften ganz dringend der materiellen Unterstützung.

Für Wege zur Arbeitsstätte dürften nicht zwei bis drei Stunden am Tag verbraucht werden, wodurch Vater oder Mutter über Gebühr der Familie entzogen würden. Der Berufsverkehr müsse bedeutend verbessert werden. Auch lägen hier Aufgaben für die Raumplanung.

"Der Garten ist die Wiedervereinigung der im täglichen Leben zerstreuten Familie", sagte der Generalsekretär des Internationalen Büros der Kleingärtner, Sitz Luxemburg. In Ballungsgebieten müsste das Gartenland darum erhalten bleiben. Aber nicht irgendwelche Erdflecken zwischen Stacheldraht und verrostetem Blech, sondern Gärten, die in einer Parklandschaft eingebettet sind, mit Wochenendhäusern und Kinderspielplätzen". Wachsende Nachfrage nach Gärten durch junge Familien werde in den letzten Jahren immer wieder festgestellt.

Zeitgemässe Sozialpolitik?

Blanks Staatssekretär plauderte über Sozialpolitik.

sp - Am Donnerstag dieser Woche hat Staatssekretär Dr. Claussen vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung im Rahmen des 24. christlichen Kolloquiums ziviler Staatsbürger mit Offizieren in Bonn über das Thema "Grundlagen einer zeitgemässen Gesellschaftspolitik" gesprochen. Die Ausführungen von Blanks Staatssekretär zu aktuellen Fragen der Sozialpolitik verdienen ein umso grösseres Interesse, als der Bundesarbeitsminister erst kürzlich erklärt hat, dass er wiederum nicht in der Lage sei, die Grosse Anfrage der SED zur Sozialpolitik zu beantworten.

Blanks Staatssekretär plauderte offensichtlich ein wenig aus der Schule. Nach Claussens Auffassung geht es bei der aktuellen Sozialpolitik in der Bundesrepublik um die Frage "Freie oder kollektivistische Wirtschaftsordnung?" "Dazwischen gibt es nichts". Das Ideal der kollektivistischen Wirtschaftsordnung sei die leninistische Diktatur.

Claussen meinte anschliessend, man müsse "viel sachlicher und nüchterner über die Fakten sprechen". Was ihn jedoch nicht davon abhielt, folgende Behauptungen aufzustellen:

Jeden Tag seien in Deutschland 1 Million Arbeiter krankgeschrieben; dass aber tatsächlich so viele Arbeiter krank seien, "kann mir keiner erzählen". Das bedeute einen "absoluten Tiefstand" hinsichtlich der Arbeitsmoral in der Bundesrepublik. Über 80% der Krankheitsfälle verursachten Kosten in Höhe von nur 5,- DM. (Claussens Behauptungen entsprechen übrigens nicht den Tatsachen.) - Die Einkommensverteilung durch den Staat sei am Ende der Leistungsfähigkeit. "Ein Seemann verdient heute mehr als ein Universitätsprofessor"; es gäbe "mehr Arbeiter, die mehr verdienen als Regierungsräte, als es Regierungsräte gibt."

Claussen musste allerdings zugeben, dass etwa 70 % des seit 1950 gebildeten Vermögens von rd. 350 Milliarden DM nur etwa 15 % der Einwohner der Bundesrepublik zugewachsen sei. Diese einseitige Vermögensbildung sei sogar von der Bundesregierung "planmässig beabsichtigt" gewesen. Es sei damals zunächst um die Schaffung von Arbeitsplätzen gegangen.

Von einer Stellungnahme zu Claussens Äusserungen sei hier abgesehen. Die Äusserungen sprechen für sich.